

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 56 (1964)

Heft: 2

Rubrik: Zeitschriften-Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wahlrecht, erzielen werden. Ein Negerrechtsanwalt hat vor einigen Jahren die Meinung wohl der großen Mehrzahl seiner Rassengenos-sen kundgetan, wenn er sagte:

«Wenn die Bundesregierung den Weg zum Wahlrecht eröffnet, wird es den Negern obliegen, von diesem Recht Gebrauch zu machen. Es mag wohl gewalt-samen Widerstand in ländlichen Gegenden geben. Der Kampf wird schwer sein, einige werden zu leiden haben. Aber das ist immer die Geschichte des Kampfes für Freiheitsrechte gewesen. Wir Neger erwarten nicht, daß wir von diesem geschichtlichen Gesetz ausgenommen sind.»

Dr. Robert Adam, Washington.

Zeitschriften-Rundschau

«Ganz Europa soll es sein» ist ein Aufsatz überschrieben, den der österre-chische Außenminister *Bruno Kreisky* im Anschluß an einen Vortrag, den er kürzlich an der Universität Köln gehalten hat, im Januarheft 1964 der in Wien erscheinenden Monatsschrift *«Forum»* (Heft 121) veröffentlicht.

In seiner Darstellung, die gerade in der Schweiz auf viel Interesse rechnen darf, geht Kreisky davon aus, daß wir «die Tatsache der Existenz zweier Europa zur Kenntnis nehmen müssen», denn neben dem westlichen Europa besteht im Osten das COMECON, der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe: «Sofern es in den nächsten Jahren nicht zu einer neuerlichen Verschär-fung der weltpolitischen Gegensätze kommt, worüber sich im Augenblick nur wenig sagen läßt, wird es zu – wenn auch bloß limitierten – Annähe-rungen zwischen den großen Integra-tionsbereichen Europas kommen.»

Nun ist aber zu bedenken, daß es im Westen eine wirtschaftliche Spal-tung gibt, deren Tragweite viele, die immer nur von der EWG reden, nicht recht zur Kenntnis nehmen wollen. Kreisky betont, daß «eine Ueberwin-dung oder Vermeidung der totalen wirtschaftlichen Spaltung des demo-

kratischen Europas am ehesten durch eine multilaterale Verbindung zwischen EWG und EFTA möglich wäre. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit sollte in einem multilateralen Rahmenvertrag geregelt werden, dessen Grundlage sehr gut eine Kombination von Elementen einer Wirtschaftsunion und einer Frei-handszone sein könnte. Den einzel-nen Mitgliedstaaten der EFTA müßte es vorbehalten bleiben, durch bilate-rale Derivatverträge mit der EWG die ihnen gemäße Form der Integration zu vereinbaren.»

Bevor wir den Gedanken Kreiskys weiter folgen, wollen wir auf einen Artikel hinweisen, den *Hermann Leuen-berger* unter dem Titel «Schweizer Un-behagen über die EWG» im Zentral-organ des DGB, in der «Welt der Ar-bet» (Köln), vom 24. Januar 1964 (Nr. 4) ver öffentlicht hat. Leuenberger erklärt dort u. a.:

«Was die Haltung des Schweizeri-schen Gewerkschaftsbundes zur EWG be-trifft, so ist zu sagen, daß wir die Existenz des Gemeinsamen Marktes als Faktum akzeptieren. Jedoch entspricht weder die Herrschaft der Technokraten in Brüssel unserem demokratischen Empfinden noch der wirtschaftliche

Protektionismus der EWG unserer Vorstellung von einer umfassenden wirtschaftlichen Zusammenarbeit der europäischen Länder. Aus der Sicht der schweizerischen Gewerkschaften können wir auch nicht ohne ein gewisses Unbehagen feststellen, wie einseitig die Politik der EWG von den beiden großen Partnern – Frankreich und der Bundesrepublik – bestimmt wird und die kleineren Mitgliedstaaten der EWG bei zu treffenden Entscheidungen kaum ein nennenswertes Gewicht in die Waagschale werfen können. Die Vorherrschaft der Großen in der EWG deckt sich nicht mit unserer Vorstellung von einem demokratischen Europa... Wir vertraten von Anfang an die Auffassung, daß die EFTA-Staaten gemeinsam mit der EWG verhandeln sollten, um nach Wegen zu einer Beendigung der wirtschaftlichen Spaltung zu suchen. Davon wollten jedoch die Exponenten des Gemeinsamen Marktes offensichtlich nichts wissen.»

Leuenberger spricht, wie wir eben zitierten, von der «Herrschaft der Technokraten». Kreisky weist seinerseits darauf hin, daß heute «die Macht über Leben und Freiheit der Bürger mit ungeheurer wirtschaftlicher Macht kombiniert ist, über die der Staat in seiner Omnipotenz verfügt». Er fährt dann fort: «Macht auf der einen Seite und Ohnmacht auf der andern Seite kann auch entstehen, wenn einer Bürokratie allein die Kenntnis der Zusammenhänge vorbehalten ist. Sie verfügt so über eine Macht, die sich zwar nicht mit Brutalität entfaltet, aber sie versetzt den einzelnen und sogar die politischen Vertreter vieler einzelner angesichts dieser immer weniger durchschaubaren Zusammenhänge in einen Zustand wachsender Hilflosigkeit. Die Demokratie wird liquidiert durch die Diktatur, aber sie kann inhibiert werden durch den Einfluß der Bürokratie. Es wird also notwendig sein, daß wir uns immer mehr um neue Formen der Demokratie bemühen, vielleicht sogar um die Formulierung neuer Grundsätze, und das schon heute, weil wir sonst überhaupt dem Phänomen der sich rasch entwickelnden und intellektuell hochqualifizierten internationalen Bürokratie vollkommen ratlos gegen-

überstehen. Wenn uns Europa etwas gelten soll, dann müssen wir auch diese Zusammenhänge und die neuen Aufgaben der europäischen Demokratie rechtzeitig erkennen.»

Abschließend betont Kreisky in Beantwortung der Frage nach dem letzten Sinn der europäischen Einigung: «Die Einheit an sich muß noch nichts wirklich Großes und Bedeutungsvolles sein. Wir wollen ein hohes Maß an europäischer Integration im Wirtschaftlichen, im Kulturellen und im Politischen, weil wir endgültig die kriegerischen Auseinandersetzungen verhindern wollen. Wir wollen die wirtschaftliche Integration Europas, weil durch sie doch in Wirklichkeit die politischen Klammer geschaffen werden, die dieses Europa zusammenhalten und darüber hinaus die Voraussetzung dafür sind, daß dieses Europa immer besser seine gewaltigen personellen und materiellen Ressourcen auszunützen in der Lage ist. Wir brauchen diesen Reichtum Europas, um ein immer höheres Maß an sozialer Gerechtigkeit für die Menschen Europas zu verwirklichen. Aber das scheint doch allmählich den Nachdenklicheren unter uns schon eher eine zu wenig weit gesteckte Zielsetzung zu sein. In Wirklichkeit brauchen wir doch den Reichtum Europas, um die große friedliche Aufgabe der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts zu erfüllen, nämlich die der Ueberwindung der grenzenlosen Armut auf anderen Kontinenten unseres Planeten.» *

«Metall», die Zeitung der IG Metall für die Bundesrepublik Deutschland, weist in der Ausgabe vom 28. Januar 1964 (Nr. 2) auf einen angesichts der westdeutschen Hochkonjunktur erstaunlichen sozialen Mißstand hin. Eine Untersuchung in 151 533 Industrie-, Handels- und Dienstleistungsbetrieben in Nordrhein-Westfalen mit etwa 2 Millionen Beschäftigten hat ergeben, daß von 1773 Großbetrieben nur 32 einen hauptamtlichen Werksarzt beschäftigen; in weiteren 79 Betrieben erfolgt die Betreuung der Belegschaften nebenberuflich durch einen Arzt, in allen anderen Betrieben gibt es überhaupt keinen Werksarzt! Die Gewerkschaftszeitung fragt, wann die verantwortlichen Stel-

len die notwendigen Schritte unternehmen wollen, um entsprechend dem neuen Unfallversicherungsgesetz «die arbeitsmedizinische Betreuung der Beschäftigten gemäß den heutigen Produktions- und Arbeitsverfahren zu verstärken».

Die westdeutsche Industriegewerkschaft Bau, Steine, Erden hat Ende Januar 1964 die erste Nummer einer neuen Zeitschrift für ihre Mitarbeiter (neben der Zeitung «Grundstein», die an alle Mitglieder verteilt wird) veröffentlicht. Sie heißt «*Unser Weg*» und behandelt vor allem wirtschafts- und gewerkschaftspolitische Probleme sowie Fragen der modernen gewerkschaftlichen Bildungsarbeit.

Mehrere Gewerkschaftszeitungen der Schweiz erscheinen seit Anfang 1964 in neuem Gewand, so «*Der Buchbinder und Kartonager*» (Bern) im 63. Jahrgang in neuem Format und anderer Gestaltung. Die Gewerkschaft Textil, Chemie, Papier hat diesen neuen Gewerkschaftsnamen auch als Titelkopf ihrer in Zürich erscheinenden Zeitung gewählt, die bis dahin den Namen «*Industrie-Arbeiter*» führte.

Wesentlich moderner als in der Vergangenheit werden in der Bundesrepublik eine ganze Reihe Gewerkschaftszeitungen graphisch und auch inhaltlich gestaltet. Wir erwähnen heute die Zeitungen der Industriegewerkschaft Druck und Papier (Redaktor Egon Lutz) und der Gewerkschaft Leder (Redaktor Rolf Herbert Gall) – beide in Stuttgart –, der Gewerkschaft Textil-Bekleidung (Redaktor

Heinz Eßlinger) und der Gewerkschaft Holz – beide in Düsseldorf; der verantwortliche Redaktor der «*Holzarbeiter-Zeitung*», Peter Riemer, wurde letztes Jahr für die vorbildliche Gestaltung seiner Zeitung mit dem Joseph-E.-Drexel-Preis ausgezeichnet, der für hervorragende journalistische Leistungen verliehen wird. Eine wesentliche Verbesserung, vor allem inhaltlich, hat im letzten Jahr auch die Angestelltenzeitschrift des Deutschen Gewerkschaftsbundes, «*Wirtschaft und Wissen*» (Bund-Verlag, Köln), zu verzeichnen, deren Redaktor jetzt Günter Pehl ist. In diesem Zusammenhang ist es recht interessant, darauf hinweisen zu können, daß die verantwortlichen Redaktoren dieser Zeitschriften durchweg der jüngeren Generation der etwa Dreißig- bis Fünfunddreißigjährigen angehören.

Vorbildlich gestaltet sind auch die von der großen westdeutschen gemeinnützigen Wohnungs- und Siedlungsgeellschaft Neue Heimat unter dem Titel «*neue heimat*» (Hamburg) herausgegebene Monatshefte für neuzeitlichen Wohnungsbau, in denen neben Beiträgen über deutschen Städte- und Wohnungsbau regelmäßig Länderberichte aus Entwicklungsländern geboten werden, so im Januarheft 1964 eine hervorragende, mit vielen Photos, Plänen und Tabellen illustrierte Untersuchung von Dr. Wolf Donner (Köln) über Wohnungs- und Städtebau im Nahen Osten, speziell in Syrien.

Walter Fabian.

«*Gewerkschaftliche Rundschau*», Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes. Redaktor: Giacomo Bernasconi, Monbijoustraße 61, Bern, Telephon 45 56 66, Postscheckkonto III 2526. Jahresabonnement: Schweiz Fr. 14.—, Ausland Fr. 16.—; für Mitglieder der dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände Fr. 7.—. Einzelhefte Fr. 1.50. Druck: Unionsdruckerei Bern.